

Todesurteil gegen Abdullah Öcalan jährte sich zum zehnten Mal

Türkei stellt sich bei Kurden selbst ein Bein

Zehn Jahre nach dem später abgemilderten Todesurteil für PKK-Chef Abdullah Öcalan kann die Türkei noch immer nicht über ihren eigenen Schatten springen. Selbst in verhältnismäßig kleinen Dingen, wie etwa der Zulassung der im Kurdischen verwendeten, aber im Türkischen nicht vorhandenen Buchstaben Q, W und X tut sich die Türkei schwer. Wie ein Beweisstück hält der kurdische Bürgerrechtler Muharrem Erbey die Neujahrskarte der Kurden-Metropole Diyarbakir im Südosten der Türkei in die Luft. Auf Türkisch, Kurdisch und Englisch wünschte die Kommune ein frohes neues Jahr. Die Verwendung des Buchstabens W in der kurdischen Variante «Ser sale we pirozbe» führte prompt zu einem Strafverfahren, während W im englischen «Happy new year» unbeachtet blieb.

Gebetsmühlenartig wiederholen kurdische Politiker die Forderungen nach mehr kulturellen Rechten: Die Aufhebung aller Verbote für die kurdische Sprache und die Freigabe kurdischer Namen für Neugeborene, aber auch für Städte, Berge und Flüsse. Auch in Gesetzen und Geschichtsbüchern müsse deutlich werden, dass es in der Türkei nicht nur Türken leben. Viele Türken fürchten aber, Zugeständnissen in diesen Fragen könnten der Beginn eines Dammbrochs sein, der zu immer neuen Forderungen der kurdischen Volksgruppe führen werde. Seit 2004 ist der Reformprozess, den Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan begonnen

hat, praktisch zu Erliegen gekommen. Zwar gab es vor allem in den vergangenen Monaten jede Menge Ankündigungen, aber geschehen ist kaum etwas.

Lage verschärft sich wieder
Gleichzeitig spannte sich die Lage in den Kurdengebieten wieder an. Im Jahr 2004 hat Erbeys Menschenrechtsorganisation IHD noch 7.208 Fälle von Menschenrechtsverstößen registriert, im Jahr 2007 waren es schon wieder 18.479 Fälle. Im vergangenen Jahr 35.992 Fälle, darunter etwa 440 Getötete und rund 900 Fälle von Misshandlungen und Folter. Tödliche Angriffe der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK, die zum Teil aus dem benachbarten Irak erfolgen, und große Einsätze der Armee wechseln sich ab. Öcalan war Anfang 1999 festgenommen und am 29. Juni wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung und Hochverrats zum Tode verurteilt worden. Die Todesstrafe wurde später – auch auf internationalen Druck – in lebenslange Haft umgewandelt. In den folgenden fünf Jahren beruhigte sich die Lage. Dies kann, zumindest zum Teil, einem Friedensaufruf Öcalans zugeschrieben werden.

Kurdische Geschäftswelt wartet auf Ende des Konflikts

Hoffnungen auf eine friedliche Lösung sind seitdem aber enttäuscht worden. Ein Ende des Schlagabtauschs könne beendet werden, wenn die türkische Seite einen konkreten Plan vorlege,

sagen die die Menschen in Diyarbakir. «Alle türkische Regierungschefs haben die türkischen Minderheiten im Ausland vor Assimilierung gewarnt, zuletzt Erdogan selbst in Deutschland. Wir aber wären froh, wir hätten die Rechte, die Türken im Ausland haben», sagt Erbey. «Wir wollen genau die Rechte, die die Türken in Bulgarien schon haben. Wir sind 20 Millionen Kurden in der Türkei.» Vor allem die kurdische Geschäftswelt wartet ungeduldig auf ein Ende des Konflikts, um die Rolle als Armenhaus der Türkei zu überwinden und Chancen aus der Öffnung der Grenze zum Irak zu nutzen. «Die irakischen Kurden haben Geld. «Und sie brauchen fast alles von Baumaterial über Kleidung bis hin zu Nahrung», sagt Sahismail Bedirhanoglu, Vorsitzender des Wirtschaftsverbandes GÜNSIAD.

Große Armut trotz Reichtum
Spätestens wenn eines Tages die Grenze zum lange verfeindeten Armenien geöffnet wird, sind die Kurdengebiete im Osten und Südosten der Türkei nicht mehr das Ende der Welt. Derzeit beträgt die Arbeitslosigkeit 40 Prozent, 13 Prozent sind es im Durchschnitt in der ganzen Türkei. «Wir haben in der Region ein Viertel des türkischen Agrarlandes, wir haben beste Möglichkeiten für Solarenergie, Chancen im Tourismus und zum Beispiel auch ein Viertel der türkischen Marmor-Reserven», sagt Bedirhanoglu. «Wir fragen, warum diese Armut bei diesem Reichtum.» (NN, 28.6., ISKU)

EU öffnet bei Verhandlungen mit der Türkei das Steuerkapitel

Die EU hat am Dienstag mit dem Thema Steuern ein weiteres Kapitel in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eröffnet. «Das ist ein wichtiger Schritt!», sagte der Außenminister des EU-Vorsitzlandes Tschechien, Jan Kohout. Der türkische Europa-Minister und Chefverhandler Egemen Bagis zeigte sich erfreut und betonte, dass die Türkei weiterhin konsequent den Reformprozess voranbringen wolle. Bagis bekräftigte das Ziel Ankaras: «Wir wollen der EU als Vollmitglied mit allen Rechten und Pflichten beitreten.» Die Türkei und die EU hät-

ten den Beitritt als "gemeinsames Ziel" definiert. "Und wir bewegen uns auf dieses Ziel gemeinsam hin." Er erwarte, dass die EU einen "fairen" Verhandlungsprozess ermöglichen werde. Ankara werde im zweiten Halbjahr eng mit dem schwedischen EU-Vorsitz zusammenarbeiten. Bagis hofft, dass bald weitere Kapitel eröffnet werden – wie Umwelt, Wettbewerb, Sozialpolitik und Beschäftigung sowie Erziehung, Kultur und Energie.

In den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wurden seit 2005 elf

von insgesamt 35 Verhandlungskapiteln geöffnet. Wegen Menschenrechtsfragen und des Streits um Zypern gerieten die Gespräche ins Stocken. Ein Beitritt der Türkei ist unter den EU-Mitgliedern höchst umstritten. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy lehnen eine Vollmitgliedschaft der Türkei entschieden ab. In Österreich sind mit Ausnahme der Grünen alle Parteien gegen einen EU-Beitritt dieses Landes.

(DS, 30.6., ISKU)

Meldungen

Bombardierung in Xakurkê
Nach Informationen von HPG-online hat die türkische Armee am 27. und 28. Juni, die Meder-Verteidigungsgebiete, in Xakurkê, die Gebiete Adulkovi und Piro sowie die Gebiete Karker und Sehî Beritan mit Mörsern und Granaten mehrmals bombardiert. Es kam zu erheblichen Schäden an den Feldern und Gärten der dort ansässigen Bauern. (hpg, 29.6., ISKU)

Gedenken an Zeyneb Kinaci

In Amed wurde von der Freien Demokratischen Frauenbewegung an die Guerillakämpferin Zeyneb Kinaci (Zilan) erinnert. Die Versammlung fand im Gebäude der DTP statt. Etwa tausend Frauen beteiligten sich. Briefe von Zeyneb Kinaci wurden verlesen, die Gruppe Koma Sterken Dicle u Firat sang revolutionäre Lieder. Auch im Mesopotamischen Kulturzentrum wurde an Zeyneb Kinaci erinnert, Gedichte wurden gelesen und Lieder vorgetragen. Auch in Helsinki und Erivan fanden Gedenkveranstaltungen statt, auf der an den Kampf und das Leben von Zeyneb Kinaci erinnert wurde. Auch hier wurden die Briefe von Zeyneb verlesen.

In Erivan, der Hauptstadt Armeniens trat die Künstlerin Tamila Hesen auf. (RTV, 2.7., ISKU)

Türkische Wirtschaft schrumpft um 14 Prozent

Die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise haben in der Türkei historische Ausmaße erreicht. Noch nie in ihrer Geschichte ist die türkische Volkswirtschaft so stark geschrumpft wie im ersten Viertel dieses Jahres: Das Bruttoinlandsprodukt sank im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 13,8 Prozent, gab das türkische Statistiktamt bekannt.

Der Abschwung war damit noch stärker als von Experten angenommen und übertraf den bisherigen Rekord-Einbruch von 9,9 Prozent während der letzten Wirtschaftskrise im Jahr 2001 deutlich. Nach Angaben der Statistikbehörde war zudem der Handel zwischen Januar und März mit einem Rückgang um 25 Prozent am schwersten betroffen. Der Bausektor schrumpfte um fast 19 Prozent. Private Investitionen gingen um 35,8 Prozent zurück.

Seit dem Jahr 2002 war die türkische Wirtschaft stets stark gewachsen. Im vergangenen Jahr erzielte das Land wegen der beginnenden Krise nur noch ein Wachstum von 1,1 Prozent. In diesem Jahr wird mit einem Einbruch des BIP um etwa fünf Prozent gerechnet. (AFP, 30.6., ISKU)

Ungelöstes Problem

Zu einem Artikel aus der jungen Welt vom 24.6., den auch die Nuce in der vergangenen Ausgabe unter dem Titel „Hungerstreik gegen Massenabschiebungen“ abdruckte, verfasste Dr. Thomas Hohlfeld, Referent für Migration und Integration der Fraktion DIE LINKE im Bundestag einen Leserbrief, den wir im folgenden vollständig dokumentieren:

Der Artikel von Nick Brauns bedarf aus meiner Sicht einiger Klarstellungen und Differenzierungen:

Insgesamt wird nicht recht deutlich, ob sich die angeblich drohende Massenabschiebung von 8.000 KurdInnen (eine Quelle hierfür fehlt) auf die zum Jahresende 2009 auslaufende, so genannte "Altfallregelung" des Aufenthaltsgesetzes oder auf die Folgen der Asyl-Widerrufspraxis gegenüber anerkannten Flüchtlingen aus der Türkei bezieht.

Zum ersten: Es ist richtig, einer Mehrzahl der ehemals langjährig Geduldeten, die im Rahmen der "Altfallregelung" des Aufenthaltsgesetzes nur eine so genannte Aufenthaltserlaubnis "auf Probe" erhalten haben, droht zum Jahreswechsel 2009/2010 der Rückfall in die Duldung und eine Abschiebung. Es geht um etwa 27.000 Personen, deren Aufenthaltserlaubnis zum 1.1.2010 ausläuft, wenn sie keine dauerhaft eigenständige Lebensunterhaltssicherung nachweisen konnten. Diese Regelung betrifft unterschiedslos alle Staatsangehörigen, und es gibt seit einiger Zeit sowohl außerparlamentarische als auch parlamentarische Initiativen zur Änderung der so genannten Altfallregelung. DIE LINKE im Bundestag fordert eine

Verlängerung der einmal erteilten Aufenthaltserlaubnisse unabhängig von der Frage des Einkommens (BT-Drucksache 16/12415). Zur Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit der Betroffenen liegen keine offiziellen Angaben vor, weil dies nicht statistisch erfasst wurde. Türkische Staatsangehörige machen etwa 7 Prozent aller geduldeten Menschen in der Bundesrepublik Deutschland aus, schätzungsweise knapp 2.000 der 27.000 ab dem 1.1.2010 potentiell Abschiebungsbedrohten könnten damit türkische Staatsangehörige sein – über den Anteil der KurdInnen unter ihnen lässt sich nur spekulieren. Ungeachtet der "Altfallregelung" lebten zum Stichtag 31. März 2009 zudem über 100.000 Menschen (unter ihnen 7.318 türkische Staatsangehörige) lediglich mit einer Duldung in Deutschland, über 62.000 von ihnen (gut 5.000 türkische Staatsangehörige) seit bereits mehr als sechs Jahren (zu diesen Angaben: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, BT-Drs. 16/13163). Dies verweist auf die – ungeachtet der "Altfallregelung" – völlig ungelöste Problematik der "Kettenduldungen".

Zum zweiten: Etwas anderes sind die Verfahren des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zum Widerruf von Asyl- oder Flüchtlingsanerkennungen. Hier sind politisch verfolgte KurdInnen in der Tat besonders betroffen, worauf die LINKE mit zwei Kleinen Anfragen hingewiesen hat (vgl. BT-Drs. 16/11745 und 16/12377). Denn die Widerrufsquote ist bei Flüchtlingen aus der Türkei - nach offiziellen Angaben waren 78,9% aller Asylsuchenden aus der Tür-

kei im Jahr 2007 KurdInnen – gegenüber anderen Ländern überdurchschnittlich hoch. Während es im Jahr 2008 in 45 Prozent der Widerrufsprüfverfahren bei Flüchtlingen aus der Türkei tatsächlich zu einem Widerruf des Asylstatus kam, war dies bezogen auf alle Herkunftsländer nur zu etwa 18 Prozent der Fall. Im Jahr 2007 betragen die Werte 85 Prozent (Türkei) gegenüber 44 Prozent (allgemein; vgl. BT-Drs. 16/11960). Begründet werden die Widerrufe des Asylstatus von Flüchtlingen aus der Türkei – in den Jahren 2006 und 2007 waren es insgesamt knapp 6.000 – oft pauschal mit einer angeblich grundlegend verbesserten Menschenrechtssituation in der Türkei. 75 Prozent aller beklagten Widerrufsbescheide gegen Flüchtlinge aus der Türkei hatten vor den Verwaltungsgerichten bemerkenswerterweise keinen Bestand. Dies allein ist ein Skandal für sich, allgemein ist die Misserfolgsquote des Bundesamtes bei Widerrufsverfahren vor den Gerichten sogar noch höher! Ein Asyl-Widerruf ist nicht mit dem Verlust des Aufenthaltstitels gleichzusetzen, denn dieser kann auch nach den allgemeinen Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes erteilt werden – was jedoch im Regelfall ein regelmäßiges, existenzsicherndes Einkommen voraussetzt. Lange Rede, kurzer Sinn: Sowohl die Asyl-Widerrufspraxis als auch die gesetzliche "Altfallregelung" sind in ihrer Rigidität skandalös. Es kann allerdings auch nicht schaden, etwas genauer hinzuschauen, wogegen man aufbegehrt...

(jW, 27.6., ISKU)

Türkei modernisiert Kampffjets Pakistans

Die F-16 Kampffjets der pakistischen Luftwaffe werden von der Türkei modernisiert. Die Modernisierungsarbeiten im Umfang von 75 Millionen Dollar sollen 2010 beginnen und 46 Monate dauern. Nach einem dreijährigen Verhandlungsmarathon entschied sich Pakistan für die Türkei. Das diesbezügliche Abkommen wurde in Rawalpindi unterzeichnet.

(trt, 30.6., ISKU)

Türkisches Parlament schränkt Befugnisse des Militärs ein

Das türkische Parlament hat per Gesetz die Machtbefugnisse der Armee eingeschränkt. Die von der Regierungspartei AKP eingebrachten Änderungsvorschläge wurden am Freitagabend in einer schnellen Abstimmung verabschiedet, wie auf der Webseite des Abgeordnetenhauses mitgeteilt wurde. Demnach müssen Armeeangehörige künftig in Friedenszeiten vor zivile Gerichte gestellt werden, wenn ihnen Staatsstreich, Vergehen gegen die nationale Sicherheit, organisiertes Verbrechen oder Verfassungsbruch vorgeworfen werden. Auch Zivilisten, die gegen Militärgesetze verstoßen, dürfen nur vor zivile Gerichte gestellt werden.

Das Verhältnis der regierenden islamischen AKP zur weltlich geprägten Armee ist schwierig. Derzeit müssen in der Türkei mehrere pensionierte Generäle wegen eines angeblich geplanten Umsturzversuchs vor Gericht verantworten, die Armee weist die Vorwürfe zurück. Seit 1960 sind vier türkische Regierungen vom Militär aus dem Amt getrieben worden. Die Einschränkung des Einflusses der Streitkräfte in der Türkei gehört auch zu den wichtigen Forderungen der EU in den Verhandlungen über einen Beitritt des Landes zu der Union.

(AFP, 27.6., ISKU)

Frauen eröffnen Friedenszelte

Am Mittwoch Abend wurde in Amed ein Friedenszelt mit der Forderung nach einem beidseitigen Waffenstillstand und einem Ende der Militäroperationen eröffnet. Hunderte Frauen beteiligten sich und riefen Parolen für den Frieden.

In Batman kam eine Menschenmenge bei dem Gebäude der DTP zusammen, wo das Friedenszelt eröffnet wurde. Der stellvertretende Vorsitzende der DTP Ahmet

Türk, die Parlamentarierin Bengi Yildiz und VertreterInnen der DTP kamen zum Friedenszelt.

In den Stadtteilen Batman Hezo und Qubin wurde bei den Regierungsgebäuden Friedenszelte eröffnet.

Im Zentrum von Wan wurde nach einer Demonstration von hundert Menschen in der Straße der Republik ein Zelt eröffnet.

Auch in Agiri Bazid und in Mus Kop wurden Friedenszelte eröff-

net. In Sert (Siirt) kam es zunächst zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, bis auch dort die Friedensmütter ein Zelt eröffneten.

Bei allen Aktionen waren BürgermeisterInnen und VertreterInnen der DTP, ziviler Organisationen und kurdischer Frauen beteiligt. Sie riefen die Regierung auf, die Militäroperationen zu stoppen und Öcalan als einen Vertreter zur Lösung der Probleme anzuerkennen. (RTV, 2.7., ISKU)

Keine Ermittlungen wegen Putschplan

Die militärische Staatsanwaltschaft ist zu dem Schluss gekommen, dass ein zwei Wochen zuvor in der Tageszeitung Taraf veröffentlichtes Dokument, das einen Plan zur Diffamierung der Fetullah Gülen Gemeinschaft und der Regierung enthielt, nicht von der Armee erstellt wurde. Die Militärstaatsanwaltschaft stellte daraufhin das Ermittlungsverfahren ein und überwies die Angelegenheit zur weiteren Aufklärung an die zivile Staatsanwaltschaft. In der Begründung zur Entscheidung weisen die Militärstaatsanwälte

darauf hin, dass zu dem veröffentlichten Dokument kein Original vorhanden ist, so dass die Echtheit der Unterschrift des Offiziers, dem es zugeschrieben wird, nicht überprüft werden kann. Im übrigen habe eine Überprüfung der Computer des Generalstabs und des betreffenden Offiziers ergeben, dass das Dokument dort nicht hergestellt wurde. Zudem sei der Stil für ein militärisches Dokument äußerst unüblich. (In einem Kommentar für die Tageszeitung Vatan weist Rusen Cakir daraufhin, dass die eigentliche Ausein-

andersetzung jetzt erst losgehe: Es gibt Kreise, die von der Echtheit des Dokuments überzeugt sind und dem Generalstab vorwerfen, die Angelegenheit vertuschen zu wollen. Demgegenüber haben andere die Echtheit des Dokuments von Anfang an bezweifelt und den Verdacht geäußert, es könne Teil einer Diffamierungskampagne gegen die Armee sein. In diesem Zusammenhang wurde auch die Hypothese aufgestellt, dass auch die Gülen Gemeinschaft beteiligt gewesen sein könnte.)

(CU, 25.6., ISKU)

Quellen:

RTV	Roj TV
CU	Cumhuriyet
jW	junge Welt
DS	Der Standard
NN	Nürnbergger Nachrichten
trt	trt-world

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Stahltwiete 10 22761 Hamburg** **Tel.: 040 - 421 02 845** **E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden. **Bestellen auf unser Konto: Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506** Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org